

Die Erneuerung der SPD entschlossen angehen!

- Erste Schlussfolgerungen des Vorstands des Forum DL21 e.V. zur Bundestagswahl vom 27.09.2009 -

Nach der schwersten Niederlage ihrer Geschichte steht die SPD vor einer grundlegenden Erneuerung. **Gegenüber der Bundestagswahl von 1998 hat sie bei den Wahlen vom 27.09.2009 mehr als 10 Millionen WählerInnen verloren, im gleichen Zeitraum hat sie 1/3 ihrer Mitgliedschaft eingebüßt.** Die SPD schafft es nicht (mehr) traditionelle WählerInnengruppen zu mobilisieren und neue zu gewinnen. **Sie verliert quer durch alle Milieus und Altersgruppen**, besonders dramatisch aber bei den abhängig Beschäftigten sowie in den jüngeren und den älteren WählerInnengruppen. Sie verliert an alle Parteien. **Der weitaus größte Teil der früheren WählerInnen ist zu den „NichtwählerInnen“ gegangen** und hat sich von Wahl zu Wahl mehr von der SPD entfernt.

Es ist wichtig, sich diese Verluste drastisch vor Augen zu führen, vor allem, weil sie einem Trend folgen, der sich seit 2002 schrittweise verstärkt hat und auch bei den Landtags- und Kommunalwahlen sowie den Europawahlen zu beobachten war. Sie sind nicht einer einmaligen Wahlkampagne zuzuschreiben, sondern berühren den Kern sozialdemokratischer Politik und organisationspolitischer Praxis des zurückliegenden Jahrzehnts.

Die SPD befindet sich in einer dramatischen, vielschichtigen Glaubwürdigkeitskrise, aus der sie sich nur langsam wird befreien können. Für diese Krise gibt es keine monokausalen Ursachen, das ist allein schon daran erkennbar, dass die SPD einen Aderlass in alle Richtungen erlebt hat. Sie ist Folge einer programmatischen, organisatorischen und personellen Entfremdung von der eigenen Wählergruppe.

Zehn Jahre nach dem „Schröder-Blair“-Papier hat sich gezeigt, dass dieser Weg gescheitert ist. Als SPD-Linke haben wir auf diesen – mit sozialpolitischen Reformen verbundenen - Prozess stetig hingewiesen. Und wir haben deutlich gemacht, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht ohne eigenes Zutun der SPD neue Mehrheiten verhelfen wird. Trotzdem sehen wir auch unsere Verantwortung für dieses Wahlergebnis. Die gesamte Partei, die Regierung, die Bundestagsfraktion hat es nicht vermocht, sozialdemokratische Regierungspolitik zum Erfolg zu führen.

Am Ende wollten die Wählerinnen und Wähler die SPD nicht mehr in Regierungsverantwortung sehen. Obwohl die Genossinnen und Genossen versucht haben die programmatische Linie und sozialdemokratische Arbeit in der Bundesregierung tapfer zu verteidigen, haben die Wähler uns mit einer schallenden Ohrfeige aus der Regierung vertrieben.

Viele andere europäische sozialdemokratische und sozialistische Parteien haben einen ähnlichen Prozess wie die SPD hinter sich. Keine Formation hat bisher eine Antwort auf den Druck von linkspopulistischen Parteien auf der einen und sich mitfühlend und liberal aufstellenden konservativen Parteien auf der anderen Seite gefunden. Trotzdem sehen wir den dramatischen Vertrauensverlust nicht als „Normalisierungsprozess“ oder „Europäisierung“ der SPD. Sondern es bleibt unsere Aufgabe, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und die SPD als linke Volkspartei zu neuer Stärke zu führen.

Dafür brauchen wir in der SPD einen diskursiven Prozess für eine gemeinsame Geschichtsschreibung elfjähriger Regierungspolitik, die Ursachen und Konsequenzen ohne Scheuklappen aufarbeitet. In den kommenden Monaten wird es nicht darum gehen, die

Entscheidungen der vergangenen Regierungsjahre insgesamt in Frage zu stellen. Sondern es geht darum, die Korrekturen voran zu treiben, die wir in den vorangegangenen Programmdebatten bereits begonnen haben.

Wir befürworten eine breite, auch regionale, Auswertung des Wahlergebnisses - vor, auf und nach dem anstehenden Bundesparteitag. Wir werden die neue SPD-Führung dabei unterstützen, diesen Prozess zu gestalten und einen Weg in eine neue sozialdemokratische Zukunft zu finden. Eine Analyse, die dieser Entwicklung gerecht werden will, muss deshalb tief ansetzen – sowohl bei den programmatischen, als auch den strategischen, organisationspolitischen als auch personellen Ursachen:

1. Das programmatische Profil schärfen

Das Problem der SPD lässt sich als ein Auseinanderklaffen zwischen programmatischen Positionen einerseits und realer Politik andererseits beschreiben. Mit dem Hamburger Programm ist die SPD zwar gut aufgestellt und auch Wahlprogramm sowie „Deutschland-Plan“ hatte die richtigen programmatischen Anforderungen formuliert. Die SPD hat aber ihren Anspruch, die soziale Reformkraft in Deutschland zu sein, in der konkreten Politik nicht einlösen können – zumindest das Vertrauen darin ist geschwunden.

In den kommenden Monaten wird die SPD definieren müssen, wo sie über die bisherigen Korrekturen hinaus Handlungsbedarf an zentralen Projekten der bisherigen Regierungspolitik im Bund sieht. Selbstbewusst gilt es aber auch zu betonen, wo die SPD-Regierungsbilanz seit 1998 Erfolge vorzuweisen hat, wie etwa bei der rot-grünen Wende in der Energiepolitik, der Bildungspolitik, der Familienpolitik, der Frage der Integration und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die SPD muss ihre programmatische Glaubwürdigkeit wieder gewinnen. Wir wollen nachfolgend beispielhaft vier Felder nennen, wo wir dies für möglich halten:

(a) Lebensführungen sozialstaatlich absichern

Die veränderten Biografien im 21. Jahrhundert erfordern eine flexiblere und gleichzeitig verlässliche Absicherung der Lebensführung, um sozialen Abstiegsängsten zu begegnen. Die Bürgerversicherung, in die alle gemäß ihres Einkommens und ihres Vermögens einzahlen, ist die Grundlage für eine gerechte Finanzierung des Sozialstaats. Mit einer stärkeren Steuerfinanzierung wollen wir die starre Koppelung an lohnabhängige Erwerbsarbeit überwinden und die gerechte und nachhaltige Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme ermöglichen. So bleibt der Sozialstaat auch in Zukunft stark und leistungsfähig.

Eine zukunftsfähige Rentenpolitik muss den veränderten Altersaufbau der Gesellschaft anerkennen, darf aber nicht blind sein für die Realitäten in unterschiedlichen Berufsgruppen. Und sie muss an der realen Lebenserfahrung ansetzen. Und die besagt auch, dass die Rente mit 67 für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in körperlich und physisch anstrengenden Berufen arbeiten, wie Hohn klingen musste. Hier brauchen wir einen neuen Kurs zu einer Erwerbstätigenversicherung bei der Rente, die flexible Übergänge in den Ruhestand ermöglicht, wenn es die beruflichen Realitäten erfordern.

Der moderne Sozialstaat muss mehr in die Vorsorge investieren. Wir wollen eine Arbeitsversicherung schaffen, die durch mehr Weiterbildung vorsorgend Arbeitslosigkeit verhindert. In der

Gesundheitspolitik wollen wir den Präventionsgedanken weiter stärken und soziale Gesundheitsnetzwerke in den Stadtteilen etablieren.

Kinder dürfen nicht in Armut aufwachsen. Priorität hat für uns der Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur. Zukunftschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir wollen die Leistungen für Familien gerechter gestalten. Jedes Kind muss uns gleich viel wert sein. Deshalb brauchen wir einen schrittweisen Umbau der Leistungen für Kinder in eine Kindergrundsicherung.

(b) Eine starke und nachhaltige Wirtschaft als Grundlage für soziales und ökologisches Wachstum – Kapitalismus regulieren

Wir setzen auf eine Wirtschaftspolitik, die aktiv reguliert, qualitatives Wachstum ermöglicht und die ökonomischen Chancen des gesellschaftlichen und ökologischen Wandels nutzt.

Wir plädieren für eine neue Industriepolitik. Wir wollen konsequent Ökotechnologien und die Ökonomie stärken. Der Staat muss als Pionier den Rahmen für neues Wachstum setzen, indem er gezielt Innovationen für die Leitmärkte der Zukunft fördert. Wir wollen unsere Gesellschaft ökologisch modernisieren. Dafür müssen wir den technologischen Wandel vorantreiben. Motor dieses Wandels ist eine ökologische Industriepolitik für nachhaltiges Wachstum. Der fortschreitende Klimawandel, die Wahrung unserer Wettbewerbsfähigkeit bei knapper werdenden Rohstoffen und die steigenden Energiepreise für die Verbraucher zwingen uns dazu, die Energiewende weiter voranzutreiben.

Wir wollen mehr bessere und gute Arbeit. Wir müssen die Chancen etwa der Gesundheitsökonomie und der Kreativwirtschaft nutzen. Die neuen Formen flexibler und selbständiger Arbeit wollen wir sozialstaatlich besser absichern. Wir stehen für „Gute Arbeit“. Vollbeschäftigung erreichen wir nicht in einer „Lohndumping-Gesellschaft“ sondern nur im Rahmen einer sozial-ökologischen Ausrichtung der Ökonomie. Dazu müssen wir weiter für Ordnung auf den Arbeitsmärkten sorgen. Wir brauchen den gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn. Wer Vollzeit arbeitet muss auch davon leben können.

Wir wollen Wirtschaft nicht als Selbstzweck. Wirtschaft, auch die Finanzwirtschaft, braucht klare Regeln. Die künftige Auseinandersetzung mit der schwarz-gelben Bundesregierung wollen wir vor allem auf Basis eines anderen Verständnisses unserer Wirtschaftsverfassung führen. Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt.

(c) Eine Politik der Zukunftschancen umsetzen

Die SPD ist die Partei der Zukunftschancen. Wir wollen eine Bildungspolitik, die Chancen für alle eröffnet statt ausgrenzt und Privilegien zementiert. Dazu brauchen wir eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität. Der Besuch von Kita und Kindergarten muss daher schrittweise beitragsfrei gestellt werden. Wir sind gegen Studiengebühren und wollen das BAFÖG substantiell stärken und ausweiten.

Schüler müssen länger miteinander lernen, die Durchlässigkeit des Bildungssystems muss erhöht werden. Wir treten für den Rechtsanspruch auf einen Hauptschulabschluss ein. Wir sind für ein Grundrecht auf Ausbildung. Wir müssen eine Kultur der zweiten und dritten Chance etablieren. Einstieg und Aufstieg muss in jeder Lebensphase immer wieder möglich sein.

Wir wollen eine Kultur des lebenslangen Lernens und werden dafür mit der Arbeitsversicherung die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Eine alternde Gesellschaft muss eine lernende Gesellschaft sein. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung.

(d) Die Verteilungsfrage neu stellen

Zu lange wurde sich in Deutschland um die Verteilungsfrage herumgedrückt. Alle unsere Reformvorschläge sind daher ohne die höhere Besteuerung von Vermögen nicht möglich. Auch die mit dem Deutschland-Plan verbundenen Investitionsnotwendigkeiten unterliegen keinem kohärenten Finanzkonzept. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren überproportional gewachsen. Wir haben eine historisch niedrige Lohnquote erreicht und die Lohnspirale entwickelt sich immer mehr nach unten. Die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung ist spürbar und greifbar. Die Menschen wollen keinen „Nachtwächterstaat“, sie wollen eine Politik, die solidarische, gerechte und humane Bedingungen schafft.

Daher plädieren wir dringend für einen neuen verteilungspolitischen Diskurs in der SPD, der uns ehrlich und glaubwürdig macht und die Verantwortung der Vermögenden für gesamtgesellschaftliche Aufgaben konkret unterlegt. Die SPD muss sich für Verteilungsgerechtigkeit durch eine stärkere Besteuerung des Faktors Kapital einsetzen.

2. Neue strategische Optionen öffnen

Die SPD braucht wieder eine eigene Machtoption, sie muss und wird sich selbstbewusst mit allen Parteien auseinandersetzen. Ob und mit wem die SPD eine Koalition eingeht, misst sich daran, ob es ausreichende programmatische Projekte und ein überzeugendes personelles Angebot gibt, um Politik für die Menschen im Sinne einer sozialen und ökologischen Zeitenwende zu machen.

Die politische Auseinandersetzung muss sich deshalb darauf konzentrieren, dass die gesellschaftliche Linke in Deutschland wieder eine Mehrheit erhält und die sie tragenden Parteien untereinander koalitionsfähig werden. Dies ist nur dann möglich, wenn die SPD als linke Volkspartei mit ihren Konzepten Wählerinnen und Wähler in breiten Schichten der Bevölkerung erreicht und die Nichtwähler der vergangenen Wahlen wieder aktiviert.

Die SPD-Linke steht für einen parteiübergreifenden Dialog mit linken Kräften auch jenseits der Parteienstrukturen. Zu den strategischen Herausforderungen der gesellschaftlichen Linken haben aber die Parteien „Die Linke“ wie „Bündnis 90/Die Grünen“ nichts beigetragen. Weder Sozialpopulismus oder EU-feindliche Politik, noch eine Ökologie ohne sozialen Ausgleich bringen die gesellschaftliche Linke in die politische Vorderhand.

3. Neue organisationspolitische Kraft gewinnen

Der Anspruch der SPD muss es weiter sein, als Volkspartei auch Mitgliederpartei zu bleiben, dazu gehört es der Entfremdung zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft aktiv entgegenzuwirken. Im Gegensatz zu den anderen Parteien in Deutschland war und ist die Sozialdemokratie eine Partei, die über ein reges Parteileben verfügt hat. Partei darf sich nicht auf Wahlakte und das nachträgliche Absegnen von Entscheidungen beschränken. Ohne Mitbestimmung und Mitsprache lassen sich demokratische Prozesse nicht denken. Wir brauchen in Zukunft mehr punktuelle und projektbezogene Beteiligungsformen. Wir benötigen eine Neujustierung der Möglichkeiten zur Mitarbeit.

Das Verständnis einer politischen Professionalität, das sich vor allem auf die mediale Kommunikation von Regierung und politischem Handeln konzentriert, wird den Ansprüchen an sozialdemokratischer Politik nicht gerecht. Eine moderne sozialdemokratische Beteiligungskultur muss neben der „medialen Professionalität“ auch organisationspolitische und alltagspraktische Elemente neu entwickeln. Sie muss eine breite Debatte mit den gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen ermöglichen, die für eine Verankerung sozialdemokratischer Positionen unerlässlich ist. Zudem muss die innerparteiliche Kommunikation auch durch die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten zwischen den Ebenen deutlich verbessert werden.

In dieser Hinsicht benötigen wir eine strukturelle Parteireform, die trotz schwindenden Ressourcen neue Stärke schafft.

4. Die SPD muss personell breit aufgestellt sein

Die personelle Erneuerung der Sozialdemokratie muss auf einer breiten Basis stattfinden. Wir treten für eine Stärkung der innerparteilichen Demokratie und Willensbildung ein. Dafür tragen alle Verantwortung. Die Expertinnen und Experten der Partei, die Genossinnen und Genossen selbst, müssen wieder stärker den Weg der SPD mitbestimmen. Zugleich müssen die unterschiedlichen Ebenen unserer Politik, Bund, Länder und Kommunen, wieder stärker mit einer gemeinsamen inhaltlichen Stimme sprechen. Die Erneuerung der SPD wird nur durch eine stärkere Verankerung von unten erfolgen.

Eine solidarische Politik gründet notwendig auf den Streit in der Sache und den Respekt gegenüber diejenigen, die eine andere Position vertreten. Dies muss in der SPD wieder stärker in den Mittelpunkt gerade auch der kommenden, notwendigen Debatten gerückt werden.

Die aktuellen Aufgaben der SPD-Linken

Wir wollen die notwendige personelle, organisationspolitische, strategische und programmatische Erneuerung der SPD weiter vorantreiben. Eine lebendige Partei, die selbstbewusst diskutiert, braucht politische Diskussionsräume auch jenseits formalisierter Strukturen. Die SPD-Linke, die sich im Forum DL21 organisiert, hatte immer den Anspruch, eine starke linke Positionierung auch in Gesamtverantwortung für die SPD zu formulieren. Dabei war und ist uns immer wichtig, eine enge Verbindung zu den gesellschaftlichen Bewegungen, zu den Gewerkschaften und den Organisationen, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, sowie zur kritischen Wissenschaft zu halten.

Wir wollen diese Brücken wieder stabilisieren. Wir werden in unserer konkreten und programmatischen Arbeit unsere Angebote intensivieren und Räume der Debatte und des gemeinsamen Handelns schaffen. Die Auseinandersetzung über die Zukunft des Kapitalismus muss auch in den Internet-Blogs, der Kunst- und Kulturszene, in den sozialen Bewegungen und der kritischen Wissenschaft wieder eine sozialdemokratische Stimme bekommen.

*

Wir wollen für die programmatisch-strategische Erneuerung Beiträge vor allem in folgenden Handlungsfeldern erarbeiten:

1. Die SPD muss zur Kraft der sozialen, positiven Globalisierung werden. War ihre historische Aufgabe den Kapitalismus auf nationalstaatlicher Ebene durch moderne Sicherungssysteme,

Lohnverhandlungen und Mitbestimmung zu bändigen, ist es ihre heutige Aufgabe, der globalen Wirtschaftsordnung einen regulativen Rahmen zu geben. Dabei müssen wir auch die Herausforderungen bewältigen, die sich aus den globalen Migrationsbewegungen ergeben. Von der Regulierung der Finanzmärkte über die Entwicklungszusammenarbeit und einer neuen Integrationspolitik bis hin zu einer neuen globalen Wirtschaftsregierung reichen die Ideen für eine andere Ordnung, die die Welt nicht in Gewinner und Verlierer aufteilt.

2. Die SPD ist und bleibt die Partei der produktiven Wertschöpfung. Wo Werte geschaffen werden, wo Menschen Arbeit finden, schafft die SPD den politischen und sozialen Rahmen guter Arbeit. Denn Wirtschaft ist nicht gleich Wirtschaft. Die SPD muss als die Kraft wahrgenommen werden, die einen umfassenden wirtschaftspolitischen Ansatz verfolgt, der gute Arbeit schafft, Wohlstand gerecht verteilt und Nachhaltigkeit sowie ökologisch-soziale Verantwortung ins Zentrum stellt. Neben einer Politik der Wertschöpfung ist auch die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums Markenkern sozialdemokratischer Politik.
3. Wir müssen die Veränderungen in der Arbeitswelt gestalten und dem Trend der Prekarisierung politisch begegnen. „Gute Arbeit“ – beispielhaft an den Themen Leiharbeit und Mindestlohn - wird eines der zentralen Auseinandersetzungsfelder auch mit der schwarz-gelben Koalition sein. Hinter der Rhetorik der kommenden Bundesregierung, „die Leistungsträger der Gesellschaft zu stärken“, steckt die Spaltung der Belegschaften in einen kleiner werdenden Kern von gut ausgebildeten und bezahlten Fachkräften und einen größer werdenden Kreis von Aushilfen und Leiharbeitnehmern.
4. Wir wollen wieder „Mehr Demokratie“ wagen – in der Wirtschaft wie auch im Alltag und in der medialen Öffentlichkeit. Das neue sozialdemokratische Projekt ist ein Projekt der Demokratisierung aller Lebensbereiche. Konsequente Wirtschaftsdemokratie bedeutet beispielsweise über neue Instrumente gesellschaftlicher Investitionssteuerung nachzudenken. Es muss der SPD auch gelingen, das Internet als demokratisches und freies Medium zu erhalten und zu nutzen. Sie muss offener, dialogischer und anschlussfähiger sei.

*

Im Vorfeld des Dresdner Bundesparteitages wollen wir vor allem folgende Punkte in den Mittelpunkt rücken:

1. Die SPD muss sich programmatisch erneuern und wieder zuspitzen sowie ihre Organisationsstrukturen auf die Höhe der Zeit und Mitgliederzahl bringen. Sie muss ausstrahlungsfähiger, kulturell offener und vielfältiger werden. Wir erwarten für 2010 konkrete Zwischenergebnisse, die auf einem Sonderparteitag oder einer Unterbezirkskonferenz diskutiert und entschieden werden sollten.
2. Gegenüber „Linkspopulismus“ und „mitfühlendem Konservatismus“ muss die SPD eine neue sozialdemokratische „Erzählung“ formulieren: für Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Dieser neue sozialdemokratische Fortschritt muss ein Projekt der „Re-Politisierung des Politischen“ sein.
3. Die SPD braucht neue Machtoptionen im Bund, auch mit „Bündnis 90/Die Grünen“ und der Partei „Die Linke“. Koalitionen, auch mit der der Partei „Die Linke“, sind aber das Mittel zum Zweck zur Durchsetzung sozialdemokratischer politischer Inhalte. Sie sind nicht das Ziel sozialdemokratischer Politik, nicht der Markenkern der SPD.

Berlin, 17. Oktober 2009